

vorwärts HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

FEBRUAR 2017

WACHSENDE AUFBRUCHS- STIMMUNG



Thorsten Schäfer-Gümbel,
SPD-Landesvorsitzender

Seit der Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden gibt es eine spürbare und wachsende Aufbruchsstimmung. Und zwar nicht nur innerhalb der SPD, sondern im ganzen Land.

Trotz aller notwendigen und berechtigten Skepsis gegenüber Meinungsumfragen ist die Tendenz nach oben klar erkennbar. Für Übermut gibt es keinen Grund, aber durchaus für gute Laune. Ansteckend gute Laune ist ein prima Wahlkampfhelfer.

Wir freuen uns auch, viele neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter als Parteimitglieder begrüßen zu können. Herzlich willkommen in den Reihen der Sozialdemokratie.

Martin Schulz steht für einen klaren Kurs, für Gerechtigkeit, Zusammenhalt und Sicherheit. Und zwar für Sicherheit im umfassenden Sinn, nämlich sichere Jobs und gute Löhne, soziale und innere Sicherheit und politische Sicherheit in unruhigen Zeiten. Vor allem steht Martin Schulz für einen Gestaltungsanspruch, von dem sich Angela Merkel schon lange verabschiedet hat.

Die CDU sieht ihre Felle davonschwimmen und gibt mit ihren persönlichen Angriffen unter der Gürtellinie schon mal einen Vorgeschmack auf den Wahlkampf. Damit disqualifiziert sie sich selbst und zeigt allenfalls, dass die Nerven blank liegen. Wir werden uns an einem Schabigkeitswettbewerb nicht beteiligen.

Zur Aufbruchsstimmung passt auch, dass der künftige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ist. Auch wenn er als Präsident überparteilich handeln wird, werden die Grundwerte der SPD damit im höchsten Staatsamt von ihm verkörpert. Er wird das Gesicht des demokratischen, respektvollen, weltoffenen, zukunftsorientierten Deutschlands sein.

Also, lasst uns in die Hände spucken. Ich freue mich auf einen lebhaften, fairen und fröhlichen Wahlkampf im Ringen um die besten Ideen für unser Land.

Th. Schäfer-Gümbel

Thorsten Schäfer-Gümbel

**AUSSER-
ORDENTLICHER
LANDESPARTEITAG
MIT VERTRETER-
VERSAMMLUNG,
AM 22. APRIL,
UM 10.00 UHR
IM LA STRADA,
RAIFFEISEN-
STRASSE 10,
34121 KASSEL**

SICHERHEIT SCHAFFT ZUSAMMENHALT HESSENGIPFEL 2017 IN FRIEDEWALD

Wir haben einen Kanzlerkandidaten, der Erstaunliches auslöst. Und darauf wollen wir aufbauen“, hat die Generalsekretärin Nancy Faeser die Gäste des Hessengipfels Anfang Februar in Friedewald begrüßt. „Ein wesentliches Thema, das die Menschen bewegt, ist die Sicherheit. Für uns Sozialdemokraten gibt es zwei Seiten der Medaille: die öffentliche und die soziale Sicherheit“, erklärte Faeser zu Beginn der traditionellen politischen Jahresauftaktklausur des SPD-Landesverbandes und der SPD-Landtagsfraktion. Eine entscheidende Frage sei, wie für alle Bürgerinnen und Bürger Sicherheit hergestellt

werden könne – nicht nur für jene, die es sich privat leisten können. Dazu gehören mehr und besser ausgebildetes Personal der Polizei. „Und vor allem muss dieses deutlich besser behandelt werden, als es in Hessen zurzeit der Fall ist“, betonte Faeser. Während bei diesem ersten Teil der Klausurtagung mit dem Gast Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamts, die öffentliche Sicherheit im Mittelpunkt stand, ging es am zweiten Tag mit den Gästen Andrea Nahles, der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, und dem SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz um die soziale Seite.

Fortsetzung auf Seite 2



FOTO: SASCHA RHEKER

„Zeit für Martin“: der designierte Parteivorsitzende und Kanzlerkandidat zu Gast auf dem Hessengipfel.

DIREKTWAHLEN
IN HESSEN

05.03.2017

Christian Geselle
möchte neuer
Oberbürgermeister
von Kassel werden

Thorsten Stolz
will neuer Landrat im
Main-Kinzig-Kreis
werden

Ulf Perkitny
möchte neuer Bürger-
meister von Lahnau
werden

Rainer Schreiber
möchte Bürgermeister
von Jossgrund bleiben

12.03.2017

Daniel Tybussek
möchte Bürgermeister
von Mühlheim bleiben

Dr. Sascha Weber
will neuer Bürger-
meister von Wald-
Michelbach werden

Thomas Disser
möchte neuer Bürger-
meister von Dieburg
werden

Peter Gefeller
möchte Bürger-
meister von Stauf-
enberg bleiben

Dieter Lengemann
möchte Bürger-
meister von
Fuldabrück bleiben

SICHERHEIT SCHAFFT ZUSAMMENHALT

HESSENGIPFEL 2017 IN FRIEDEWALD

Fortsetzung von Seite 1

„Ich habe noch mehr vor“, erklärte Bundesministerin Nahles im Hinblick auf eine sozialere Arbeitsmarktpolitik. Die SPD kümmere sich wie keine andere Partei darum, die Zukunft der Arbeitswelt mitzugestalten. „Die Arbeit geht nicht aus, aber sie verändert sich. Und damit dürfen wir die Menschen nicht alleine lassen“, betonte Nahles. Nicht nur die Menschen alleine zu lassen, sondern auch ihr Vertrauen zurückzugewinnen, so erklärte im Anschluss der Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel, seien die wichtigsten Schritte auf dem Weg zur Bundestagswahl. „Mit Martin Schulz hat die SPD eine echte Chance, die Bun-

destagswahl im Herbst zu gewinnen“, bekräftigte Schäfer-Gümbel und leitete damit die Rede des designierten Kanzlerkandidaten ein.

„Dass uns Menschen wieder vertrauen, das ist das Tolle, das ich in diesen Tagen erlebe“, eröffnete Martin Schulz seine Rede. „Wenn die Demokratie bedroht, der Zusammenhalt nicht gewährleistet und die Chancengerechtigkeit gefährdet ist und wenn nicht mehr der Mensch als Individuum die Nummer eins auf jeder Tagesordnung ist, dann ist unsere Tradition im Kampf um Gerechtigkeit das modernste Politikangebot, das es in diesem Land gibt“, begeisterte Schulz die rund

200 Mandatsträger, Geschäftsführer und Gäste in Friedewald. Mit der SPD gebe es im Wahlkampf keine Schnellschüsse, aber Grundsätze, denen die sozialdemokratische Politik folgen müsse. „Diejenigen, die in diesem Land hart für ihr Geld arbeiten müssen, dürfen nicht schlechter gestellt sein als jene, die ihr Geld für sich arbeiten lassen“, erklärte der designierte Parteivorsitzende und erntete lang anhaltenden Applaus. Mit dem Höhepunkt des Hessengipfels fand die Klausurtagung zugleich auch ihr Ende. Die stets beliebte Veranstaltung in Nordhessen erreichte einen neuen Teilnehmerrekord, was nicht zuletzt an Martin Schulz lag. ■



Der Hessengipfel konnte sich über zwei prominente Gäste freuen: Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und Kanzlerkandidat Martin Schulz.



Der Hessengipfel fand in diesem Jahr bereits zum achten Mal in Zusammenarbeit von SPD-Landesverband und Landtagsfraktion statt.

KOMPASS WIRD WICHTIGER ALS
LANDKARTE PRÄSIDENT DES BUNDESKRIMINALAMTS HOLGER MÜNCH AUF DEM HESSENGIPFEL

Innere Sicherheit darf heute nicht mehr nur lokal und regional betrachtet werden, denn Globalisierung ist keine Einbahnstraße“, so Holger Münch auf dem vergangenen Hessengipfel. Im Mittelpunkt stehen die Fragen nach dem Umgang mit der „neuen“ Bedrohungslage und den Anforderungen an die innere

Sicherheit. Nicht nur Angriffsziele und Straftaten haben sich deutlich verändert, sondern auch die Täter seien zunehmend international vernetzt. „Der Kompass wird wichtiger als die Landkarte. Niemand kann wissen, was in den nächsten Jahren passiert. Aber wenn sich die Täter vernetzen, müssen wir das auch tun“,

mahnte der BKA-Chef. Der viel beachtete Zusammenhang von Zuwanderung und Straftaten sei zwar vorhanden, aber nicht so ausgeprägt, wie manch einer vermuten würde. So gebe es zwar auch im Jahr 2016 mehr Straftaten, die aber wie auch zuvor hauptsächlich von jungen Männern verübt würden. Unter den Flüchtlingen befinden sich zwar viele junge Männer, aber anders als vermutet würden die vermehrten Straftaten nicht von Personen aus den Hauptkrisengebieten verübt.

Besondere Herausforderung seien nach Holger Münch Straftaten im digitalen Raum. Hierbei müsse man sich trauen, darüber zu diskutieren, was der Staat im digitalen Raum tun darf. „Wir brauchen geeignete Instrumente, damit wir den Tätern nicht zu Fuß hinterherrennen“, machte Münch die Bedeutung der Auseinandersetzung mit Straftaten im digitalen Zeitalter deutlich. Sein zentrales Anliegen: die Polizei für das digitale Zeitalter fit machen. ■



BKA-Präsident Holger Münch betont die Herausforderungen von Verbrechen im digitalen Zeitalter.

ZEIT FÜR MEHR GERECHTIGKEIT

WAS SICH MIT MARTIN SCHULZ (NICHT) GEÄNDERT HAT

Nur etwas mehr als einen Monat ist es her, da galt die Sozialdemokratie in der öffentlichen Meinung und der Demoskopie als chancenfreier Herausforderer von Angela Merkel und ihrer CDU.

Das ist heute anders.

Mit der Bekanntgabe der Kanzlerkandidatur von Martin Schulz drehte sich der Wind, und plötzlich ist eine gewaltige Aufbruchsstimmung im ganzen Land spürbar. „Es ist, als ob sich ein Knoten gelöst hat. Wir können unseren Anspruch, Zeit für mehr Gerechtigkeit, endlich glaubwürdig und engagiert vertreten“, erklärte dazu der hessische Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel. „Wir gehen in diesen Bundestagswahlkampf selbstbewusst, aber eben auch bodenständig.“ Mit Martin Schulz ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, und Zeit für mehr Gerechtigkeit bedeutet Zeit für Martin Schulz.

Was sich mit dem designierten Kanzlerkandidaten geändert hat, ist das, was Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten derzeit vor Ort, auf der Straße, der Arbeit oder in den Familien erleben. Ein Mehr an Glaubwürdigkeit, Vertrauen und etwas Mut – das ist es, worum es Schulz geht. Dafür muss Martin Schulz die SPD nicht neu



Thorsten Schäfer-Gümbel will aufzeigen, wie der gesellschaftliche Wandel so gestaltet werden kann, dass niemand zurückgelassen wird.

erfinden, sondern erinnert sie an ihre Stärke. Er trifft damit auch den Nerv der hessischen Sozialdemokratie, bei der genau das lange Zeit „Gerechtigkeit macht stark“ hieß. „Martin Schulz traut man zu, unser Land gerechter zu gestalten. Das macht unseren Spitzenkandidaten aus. Mit ihm haben wir eine echte Chance, die Bundestagswahl im Herbst zu gewinnen“, bekräftigte Schäfer-Gümbel.

Aber: Ein Bundestagswahlkampf ist kein Sprint, sondern ein Marathon. Deshalb ist es die Aufgabe von uns allen, den Genossinnen und Genossen, die Motivation und das Selbstbewusstsein bis zur Wahl im September aufrechtzuerhalten. Denn ein Kanzlerkandidat ist am Ende nur so stark wie seine Partei. Eigentlich beste Voraussetzungen für die Sozialdemokratie. ■

UNSERE GROSSE CHANCE IST UNSERE STÄRKE

DREI FRAGEN AN BRIGITTE ZYPRIES, BUNDESMINISTERIN FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE

vorwärtsHessen:

Liebe Brigitte, erst einmal herzlichen Glückwunsch zu Deiner neuen Funktion. Du warst bereits parlamentarische Staatssekretärin unter Sigmar Gabriel. Wie ist es für Dich, nun seine Position einzunehmen?

Brigitte Zypries: Sigmar hat in den letzten Jahren sehr gute Arbeit gemacht. Vieles davon werde ich weiterführen. Aber natürlich werde ich auch eigene Schwerpunkte setzen. Das Thema fairer Freihandel hat zum Beispiel durch die Wahl von Donald Trump in den USA eine ganz neue Bedeutung bekommen. Mauern und Protektionismus helfen niemandem. Klar ist: Wir haben jeden Grund, selbstbewusst zu sein. Wir sind ein wirtschaftlich starkes Land, mit der EU und dem europäischen Binnenmarkt haben wir eine starke Gemeinschaft, auf die wir bauen können, und wir treten ein für fairen Handel und offene Volkswirtschaften. Das werde ich auch in den Gesprächen mit der US-Regierung deutlich machen.

vorwärtsHessen:

Was siehst Du als größte Chance bei dieser neuen Aufgabe?

Brigitte Zypries: Die weltwirtschaftliche Situation ist derzeit kaum berechenbar.



Die vorherige Staatssekretärin Brigitte Zypries ist seit Ende Januar die neue Bundeswirtschaftsministerin.

Unsere große Chance ist unser Stärke: die duale Ausbildung, der Mittelstand, die Industrie und natürlich der europäische Binnenmarkt. Ich will unsere Stärken stärken. Zentral ist das Thema Digitalisierung. Ich will, dass die deutsche Wirtschaft digitaler wird, um weiterhin Weltspitze zu bleiben. Dazu brauchen wir auch mehr Diversität in der Wirtschaft: mehr Frauen, mehr Homosexuelle, mehr Menschen mit Behinderung.

vorwärtsHessen:

Was kannst Du als Bundeswirtschaftsministerin konkret tun, damit die Gesellschaft, auch in Hessen, gerechter wird?

Brigitte Zypries: Das BMWi ist das Ministerium der sozialen Marktwirtschaft, das Haus der Sozialpartner. Wir arbeiten mit Arbeitgebern genau wie mit Gewerkschaften eng zusammen. Das hat Sigmar schon so gemacht, und das werde ich fortsetzen. Ich will diesen Kern der sozialen Marktwirtschaft stärken. Denn faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen sind aus meiner Sicht das beste Mittel, um die Gesellschaft gerechter zu machen. ■

DIREKTWAHLEN IN HESSEN

12.03.2017

Jaqueline Würz
möchte neue
Bürgermeisterin von
Weilburg werden

Heiko Manz
möchte neuer
Bürgermeister von
Jesberg werden

Thomas Pauli
möchte neuer Bürger-
meister von Neu-
Anspach werden

19.03.2017

Michael Siebel
möchte neuer
Oberbürgermeister
von Darmstadt
werden

Ulrike Steinbach
möchte
Bürgermeisterin
von Bischofsheim
bleiben

Reinhard Schaake
will Bürgermeister von
Wolfhagen bleiben

Michael Plettenberg
möchte Bürgermeister
von Amöneburg
bleiben

26.03.2017

Thomas Mäurer
möchte Bürgermeister
von Weißenborn
bleiben

WIR
GRATULIEREN

Uwe Olt,
Bürgermeister
von Lützelbach

**Jürgen
Liebermann,**
Bürgermeister
von
Schwarzenborn

Michael Plätzer,
Bürgermeister
von Schauenburg

Thomas Beck,
Bürgermeister
von Angelburg

Frank Kilian,
Landrat im
Rheingau-
Taunus-Kreis

Manfred Schaub,
Bürgermeister
von Baunatal



FOTO: SCHAUB

Wir gratulieren unserem stellvertretenden Landesvorsitzenden Manfred Schaub ganz herzlich zur Wiederwahl als Bürgermeister von Baunatal. Er erreichte ein Ergebnis von 91,7 %. Für die dritte Amtszeit wünschen wir viel Erfolg und alles Gute für sein Amt.

GROSSE UNTERSTÜTZUNG FÜR
„ZEIT FÜR MEHR GERECHTIGKEIT“

HESSISCHE SPD-NEUEINTRITTE

Die Parteibücher sind aus. Ein Satz, den man nicht oft hört, der aber zeitweise in hessischen Regionen und Unterbezirken erklang. Die Zahlen an Neueintritten, die mittags von Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel oder Generalsekretärin Nancy Faeser verkündet wurden, stimmten am Abend schon nicht mehr. Und das seit nunmehr mehreren Wochen. „Wir freuen uns über 489 hessische SPD-Neueintritte seit dem 24. Januar. Gemeinsam kämpft es sich eben besser für Zusammenhalt und Gerechtigkeit“, erklärte Schäfer-Gümbel am 8. Februar. Zwei Tage später sind es 563. Was im November der Trump-Effekt war, ist nun der

Schulz-Effekt – nur in deutlich größerem Ausmaß. Während dieser Artikel entsteht, klingelt es an der Tür der Geschäftsstelle des Landesverbands. Es ist ein Mann, der in die SPD eintreten will – jetzt gleich. Das ist es, das Tolle, von dem Martin Schulz spricht, was Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erleben, und es ist das, was er erlebt. Die Unterstützung für die „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ erleben und die Zeit für Martin Schulz ist groß. „Es ist erstaunlich, was unser Kanzlerkandidat auslöst. Darauf wollen wir jetzt aufbauen“, freut sich Nancy Faeser. Denn: Gemeinsam kämpft es sich eben besser für Zusammenhalt und Gerechtigkeit. ■

WIE WIRBT MAN NEUE MITGLIEDER?

Tausende sind seit der Nominierung von Martin Schulz in die SPD eingetreten. Neben diesen Menschen, die von sich aus diesen Schritt machen und in die SPD eintreten, gibt es aber noch Zehntausende weitere, die darauf warten angesprochen, einbezogen und als Mitglieder geworben zu werden. Aber wie funktioniert aktive Mitgliederwerbung? Der Vorwärts Hessen hat drei Phasen ausgemacht und zusammengefasst.

PHASE 1: Der erste Kontakt

Wir treffen jeden Tag Dutzende von Menschen. Mit einigen von ihnen diskutieren wir auch über Politik – manchmal kontrovers. So gut wie nie fragen wir nach, ob unser Gesprächspartner sich vielleicht auch politisch engagieren möchte. Aber warum eigentlich nicht? In Umfragen geben beinahe dreißig Prozent der Deutschen an, dass ihnen die SPD von allen Parteien am Nächsten steht. Die Chance ist also gar nicht so gering, auf Wohlwollen zu treffen. Noch besser stehen die Chancen natürlich, wenn sich eine Person bereits an einer Veranstaltung der SPD interessiert gezeigt hat, beispielsweise am Infostand, bei Hausbesuchen oder bei Diskussionsveranstaltungen. Wer Mut zeigt, der wird belohnt.

PHASE 2: Schwellenängste überwinden

Die Resonanz war positiv, und eine Person hat Interesse daran, mehr über die SPD zu erfahren. Damit beginnt die eigentliche Arbeit: Ladet ihn zu einer Veranstaltung ein, die zu seinem Alter und seinen Interessen passt. Kleiner Tipp: Die nächste Ortsvereinsvorstandssitzung ist nicht immer die beste Wahl. Vielleicht gibt es ein Kulturfrühstück, einen Neujahrsempfang oder eine Juso-Feier. Jetzt auf keinen Fall die beitragswillige Person alleine lassen. Vielleicht ist eine kurze Nachricht zur Erinnerung an den Termin hilfreich, oder man geht einfach gleich selbst mit. Die wenigsten gehen



FOTO: SPD LANDESVERBAND

(v. l. n. r.) Kevin Trah-Bente (Mitglied seit einem Jahr), Cristo Döppner Medina (Mitglied seit drei Monaten), Aylin Weber (Mitglied seit vier Wochen)

gerne zu Veranstaltungen, bei denen sie niemanden kennen. Keiner ist gerne „der oder die Neue“. Kümmert Euch und sorgt dafür, dass sich mögliche neue Mitglieder wohlfühlen. Dann stehen die Chancen nicht schlecht, dass sich Euer Kontakt tatsächlich für einen Eintritt entscheidet. Am besten gleich den Anmeldebogen gemeinsam ausfüllen und offene Fragen klären.

PHASE 3: Für Bindung sorgen

Langfristige Bindung klappt am besten, wenn man schnell Freunde in der Partei findet, die eigenen Qualitäten einbringen kann und gefördert wird. In einem Gespräch können dem neuen Mitglied die Strukturen der SPD, Beteiligungs- und Fortbildungsmöglichkeiten nahegebracht werden. Gleichzeitig kann man herausfinden, welche Qualitäten das neue Mitglied mitbringt, welche Interessen bestehen und wo es sich am besten engagieren kann. Man sollte in jedem Fall auch dabei helfen, Netzwerke auszubilden. Bringt Neumitglieder zusammen! Ein lockerer Neumitgliederabend bietet ideale Voraussetzungen, um interessante Leute und gemeinsam die SPD Schritt für Schritt kennenzulernen.

Fazit: Mitglieder zu werben muss keine Frage großer Kampagnen und Budgets sein. Jeder kann aktiv werden und mit Achtsamkeit, Freundlichkeit und Unterstützung neuen Menschen den Weg in die SPD ebnen. ■

EINBERUFUNG EINES
ORDENTLICHEN
LANDESPARTEITAGES
AM 25. NOVEMBER 2017

mit Termin- und Fristenplan

Der SPD-Landesvorstand beruft am 10. März 2017, nach § 4 Abs. 4 der Satzung des SPD-Landesverbands Hessen einen ordentlichen Landesparteitag für

Samstag, den 25. November 2017, Beginn: 10.00 Uhr, im Kap Europa, Messe Frankfurt GmbH, Osloer Straße 5, 60327 Frankfurt am Main, ein.

Antragschluss zum Landesparteitag gemäß § 4 Abs. 6 unserer Satzung ist der 14. Oktober 2017 (Sechswochenfrist). Alle fristgemäß eingegangenen Anträge werden den gewählten und den beratenden Delegierten bis zum 4. November 2017 zur Kenntnis gegeben.

Antragsberechtigt sind gemäß § 4 Abs. 5 unserer Satzung die Ortsvereine, die Unterbezirke, die Bezirke, der Landesvorstand sowie die Landes- und Bezirkskonferenzen der Arbeitsgemeinschaften.

Personalvorschläge für die Wahl des Landesvorstands können gemäß § 4 Abs. 5 unserer Satzung gemacht werden von den Ortsvereinen, den Unterbezirken und den Bezirken, vom Landesvorstand und den Bezirksvorständen sowie von jedem stimmberechtigten Delegierten.

Vorläufige Tagesordnung:

TOP 1. Konstituierung des Parteitags**TOP 2.** Grußworte

TOP 3. Berichte des Landesvorstands
a. des Landesvorsitzenden und der Generalsekretärin
b. der Schatzmeisterin
c. der Revisorinnen und Revisoren

TOP 4. Beschlussfassung über die Berichte und Entlastung des Vorstands in Finanzangelegenheiten

TOP 5. Bericht der Landtagsfraktion**TOP 6.** Wahl des Landesvorstands**TOP 7.** Wahl der Revisorinnen und Revisoren**TOP 8.** Beratung und Beschlussfassung von Anträgen**TOP 9.** Schlusswort

Ende des Parteitags ca. 16 Uhr.

SICHERHEIT UND FREIHEIT ABWÄGEN

Den personellen Aderlass in der hessischen Justiz unter Verantwortung der CDU-geführten Landesregierung sieht die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Heike Hofmann als Ursache für Vollzugsdefizite, die dringend abgebaut werden müssten.

In der Antwort auf eine Regierungserklärung der hessischen Justizministerin im Landtag betonte sie, dass Sicherheit eines jeden Einzelnen ein Menschenrecht sei. „Eine Politik der öffentlichen Sicherheit muss Gefahren erkennen und wirksam bekämpfen, aber zugleich rechtsstaatliche Grundsätze und Freiheitsrechte wahren. Das ist Kernbestandteil staatlichen Handelns und muss das auch bleiben. Deshalb wollen und brauchen wir keine Bürgerwehren in unserem Land“, sagte Hofmann.

Die SPD lasse nicht zu, dass feige Attentate unsere Demokratie und unsere gemeinsamen Werte zerstörten. „Wir wollen und werden in einer offenen, toleranten, freien Gesellschaft leben. Wir wollen so viel Sicherheit wie nötig und so viel Freiheit wie möglich für den Einzelnen“, plädierte die Abgeordnete. Polizei und Justiz könnten ihre wichtige Aufgabe nur mit ausreichendem Personal erfüllen, das gut

ausgebildet und hoch motiviert sei. „Die Justiz war jahrelang ein ‚Steinbruch‘ dieser Landesregierung. Mit der sogenannten Operation Düstere Zukunft wurden ab dem Jahr 2003 800 Stellen und in der Folge weitere 400 Stellen gestrichen“, kritisierte Hofmann. Der erhebliche Personalabbau und die ständig wachsenden Aufgaben der Polizei seien ursächlich für die sehr hohe Belastungssituation bei den Polizeibediensteten. Trotz eines immensen und vorhersehbaren Aufgabenzuwachses hätten der damalige Innenminister Bouffier und die CDU-geführten

Landesregierungen in den Jahren 2001 bis 2009 720 Vollzugsstellen und weitere 600 Stellen im Tarifbereich abgebaut.

Eine andere Bedrohung sei die zunehmende Cyberkriminalität, die nicht nur den Staat, sondern auch seine Bürger und mittlerweile fast jedes zweite Unternehmen in Deutschland betreffe! Nicht jede Initiative stamme aus der Feder der Justizministerin, und auch nicht jede Initiative von ihr führe zum Ziel. Zudem könne das nicht von den eigenen Fehlern in der Personalpolitik ablenken, sagte Hofmann an die Adresse der Justizministerin. ■



Heike Hofmann, MdL, macht die CDU-geführte Landesregierung für den personellen Aderlass bei der Justiz verantwortlich.



Sabine Waschke, MdL

FÜR DIE EUROPÄISCHE IDEE KÄMPFEN

In der Europa-Debatte im Hessischen Landtag hat die zuständige Sprecherin Sabine Waschke Anstrengungen aller Institutionen und demokratischen Parteien gefordert, um die europäische Idee aufrechtzuerhalten. In Zeiten der Flüchtlingskrise, des Erstarkens nationalstaatlicher Interessen, der steigenden Bedrohung durch den Terrorismus, der Debatte um den Umgang mit der Türkei und des Brexits brauche man ein starkes und geeintes Europa. „In Brüssel befürchtet man, dass der neue amerikanische Präsident Trump versucht, Europa weiter zu spalten. Mehr als sechzig Jahre haben die USA die europäische Einigung gefördert. Trump aber hat immer Vorbehalte gegenüber einem Bündnis, das er für die wirtschaftliche Schwächung Amerikas verantwortlich macht. Um einem Präsidenten Donald Trump einen Gegenpol gegenüberzustellen, braucht es ein starkes und ein einigtes Europa“, zeigte sich Waschke überzeugt. ■

CHRONOLOGIE DES SCHEITERNS

Wie die Beantwortung der Großen Anfrage der SPD-Landtagsfraktion zur Stiftung „Miteinander in Hessen“ bestätigt hat, erweist sich deren kurze Geschichte als Chronologie des Scheiterns. „Sämtliche Voraussetzungen, die bei der Gründung ohne Prüfung behauptet wurden, haben sich als falsch erwiesen“, kritisierte die zuständige Abgeordnete Ulrike Alex.



Ulrike Alex, MdL

Die Haupteinnahmequelle der Stiftung sei Geld aus dem Landeshaushalt, mit dem verschwenderisch umgegangen worden sei. Nachdem die Öffentlichkeit jahrelang an der Nase herumgeführt wurde, solle jetzt durch Veränderung der Gremienstruktur die Staatskanzlei in die Lage versetzt werden, die Stiftung an die Kandare zu nehmen. Mit einem Nebenhaushalt in Form der Stiftung erhalte die Landesregierung zusätzliche Verfügungsmittel, die sie ohne parlamentarische Kontrolle nutzen könne, kritisierte Alex. ■

PRESSEFREIHEIT VERTEIDIGEN

In ihrer Rede im Hessischen Landtag hat die Abgeordnete und Rechtspolitikerin Handan Özgüven zur Verteidigung der Pressefreiheit aufgerufen. „Für uns als Sozialdemokraten ist es mehr als befremdlich, dass im rechten Milieu die freie Berichterstattung nicht nur behindert wird, sondern Journalisten regelrecht Beschimpfungen und Bedrohungen ausgesetzt sind. Auf Pegida-Kundgebungen tritt die aggressive Haltung der Veranstalter und Teilnehmer gegenüber der Presse deutlich zutage. Auf Landesparteitagen der AfD wird Journalisten der Zutritt verweigert. Die Bedrohung von Journalisten auf NPD-Veranstaltungen ist gang und gäbe. Das können und wollen wir nicht akzeptieren“, sagte Özgüven.



Handan Özgüven, MdL

Die SPD-Politikerin appellierte an alle demokratischen Kräfte und Parteien, das hohe Gut der Pressefreiheit gemeinsam zu verteidigen. ■

FÜR EINEN GUTEN START INS LEBEN

Die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Hebammen in Hessen hat Dr. Daniela Sommer gefordert. „Es herrscht eine angespannte Versorgungslage bei der Geburtsvorbereitung, der Geburtsnachsorge und in der Geburtshilfe selbst. Werden Mütter klagen, dass es ihnen nicht gelingt, eine Hebamme zu bekommen. Es ist von einem deutlichen



Dr. Daniela Sommer, MdL

Mangel auszugehen, da viele Hebammen aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten aufgegeben haben.“ Die SPD fordere ein datenbasiertes Konzept für die geburtshilfliche Versorgung. Nur die Hälfte aller Entbundenen im Wochenbett würden laut Hessischem Hebammenverband in Frankfurt von einer Hebamme betreut. „Frauen finden keine Hebammen und fühlen sich mutterseelenallein, mit tausend Fragen, Sorgen und Unsicherheiten. Wir fordern Hilfe, für einen guten Start ins Leben.“ ■



Günter Rudolph, Mdl

WO BLEIBEN DIE GESETZ- ENTWÜRFE?

Noch immer lassen die Gesetzentwürfe für eine Reform des Landesamtes für Verfassungsschutz und für eine bessere parlamentarische Kontrolle auf sich warten. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Günter Rudolph, hat die schwarz-grüne Landesregierung und den hessischen Innenminister in der Aktuellen Stunde dafür scharf attackiert: „Wir fordern ein modernes Gesetz für das Landesamt für Verfassungsschutz, das auch die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes maßgeblich verbessert. Insbesondere muss die Parlamentarische Kontrollkommission mit effektiven Kontrollinstrumenten ausgestattet werden. Darüber hinaus müssen die Rechte der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission gegenüber Behördenmitarbeitern deutlich ausgebaut werden.“ ■

CHEMISCHE INDUSTRIE STÄRKEN

Drei stabile Säulen braucht die chemische Industrie, um ihre Position in Hessen zu stärken und eine stabile Grundlage für eine innovative Zukunft zu haben: die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, bessere Rahmenbedingungen für Bildung und eine vertrauensvolle Kommunikation. Das sind die drei Kernbereiche, auf die sich der Verband der Chemischen Industrie Hessen (VCI) und die SPD-Landtagsfraktion in einem gemeinsamen Positionspapier verständigt haben.

Als transportintensive Branche ist die chemische Industrie ganz besonders auf ein dichtes und funktionsfähiges Verkehrsnetz angewiesen. Schnellere Planung, Genehmigung und Umsetzung von Bauprojekten sind aus Sicht von VCI und SPD notwendig.

Eine Besonderheit der Chemie sind die anspruchsvollen Zulassungs- und Genehmigungsverfahren. Diese müssen einfacher und effizienter werden, ohne Abstriche bei Sicherheit und Umweltstandards zu machen.

Weitere wichtige Rahmenbedingungen sind eine bezahlbare und sichere Energieversorgung und eine Handelspolitik, die dazu beiträgt, neue Märkte zu erschließen. Die Energiewende bietet der chemischen Industrie große Chancen, denn die meisten Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien benötigen Zulieferungen aus der Chemie. Auf der anderen Seite ist die Branche auch sehr energieintensiv und deswegen auf sichere und be-

zahlbare Energie angewiesen. Besonders großes Augenmerk legt das gemeinsame Papier auf die Qualifikation der Arbeitskräfte sowie die schulische und berufliche Ausbildung, auch im Hinblick auf den drohenden Fachkräftemangel. Wissen ist die entscheidende Ressource der deutschen Wirtschaft. Gerade für den Hochlohnstandort sind Kompetenzen, Ideen und Know-how der Beschäftigten ein wichtiger Wettbewerbsvorteil und Basis der Innovationskraft.

Über alle Schulformen und Jahrgänge hinweg wird eine gute naturwissenschaftlich-technische Basisausbildung gefordert. Ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen ist genauso notwendig wie ein Unterrichtsfach „Berufsorientierung und Verbraucherbildung“ – und zwar auch an Gymnasien. Die Durchlässigkeit

zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung soll besser werden.

Auch an den Hochschulen sind Veränderungen notwendig. Das gilt besonders dafür, dem akademischen Nachwuchs sichere, finanziell auskömmliche Qualifizierungswege zu bieten. Vor allem mittelständische Unternehmen brauchen klare und konstante Rahmenbedingungen in der Forschungsförderung bei insgesamt höheren Fördersätzen, die so nach Unternehmensgröße gestaffelt werden, dass kleinere Unternehmen eine höhere Förderung bekommen können.

Als dritte Säule benennen VCI und SPD-Fraktion das Thema Kommunikation, ausgehend von der Feststellung, dass das Vertrauen der Bevölkerung in neue Technologien in der Vergangenheit zunehmend geschwunden ist. ■



Damit die Chemie stimmt: Vertreterinnen und Vertreter der SPD-Fraktion und des VCI Hessen bei der Vorstellung des Positionspapiers im Hessischen Landtag.

ABSCHIEBESTOPP NACH AFGHANISTAN ABGELEHNT

Im Plenarsaal des Hessischen Landtags gab es in der letzten Sitzung eine hoch emotionale Debatte über die Abschiebung von Flüchtlingen nach Afghanistan. Während die SPD-Fraktion einen Antrag der Linkspartei unterstützte, wonach der Innenminister die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten nutzen sollte, um Abschiebungen nach Afghanistan für drei Monate auszusetzen, lehnten CDU und Grüne ein solches Abschiebemoratorium ab.

Der Fachsprecher der SPD-Fraktion, Gerhard Merz, stellte fest, dass Afghanistan kein sicheres Land sei, auch wenn die Bundesregierung die Auffassung vertrete, dass es dort sichere Regionen gebe, in die eine Rückkehr abgelehnter Asylbewerber gefahrlos möglich sei. „Da sagt die hessische SPD: Nein, Afghanistan ist

kein sicheres Land. In Afghanistan herrscht nach wie vor Krieg. Und nun wollen wir wissen, wie die Grünen das sehen: Unterstützen sie im Namen der Menschlichkeit einen Abschiebestopp für die nächsten drei Monate, oder wollen sie, dass weiterhin nach Afghanistan abgeschoben wird?“

In der Debatte bekannten sich Redner der Grünen dazu, dass auch sie Afghanistan nicht für ein sicheres Herkunftsland hielten und dass Abschiebungen dorthin falsch seien. Dennoch stimmte die Fraktion der Grünen gegen das Moratorium für Abschiebungen nach Afghanistan. „Damit haben die Grünen die Humanität der Koalitionsdisziplin geopfert“, sagte Gerhard Merz nach der



Gerhard Merz, Mdl

Abstimmung im Landtag. „Sie reden von Menschlichkeit, aber lassen zu, dass Hessen weiterhin Flüchtlinge in ein Kriegsgebiet abschiebt. Der Verweis auf die Zuständigkeit des Bundes ist nur der hilflose Versuch der Grünen, sich

vor der Verantwortung für das Handeln des Landes Hessen zu drücken. Wenn sie es wollte, könnte die schwarz-grüne Koalition sofort alle Abschiebungen nach Afghanistan für drei Monate aussetzen. Doch den Grünen fehlt es am Willen und am Mut, das Richtige zu tun. Es gehört schon ein ordentliches Maß an grüner Selbstverleugnung dazu, sich dem Law-and-Order-Kurs der CDU in dieser Weise zu unterwerfen“, sagte Merz. ■

MANGELNDE WERTSCHÄTZUNG FÜR POLIZEI

Nach Meinung der SPD soll die Polizei in Hessen besser ausgestattet und somit wieder besser motiviert werden. Die innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Nancy Faeser, kritisierte, dass in der Verantwortung der CDU-geführten Landesregierungen „der Dienst am Limit zum Dauerzustand“ geworden ist.

Sie dankte der hessischen Polizei ausdrücklich für deren engagierten Dienst unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen. „Bei den Beamtinnen und Beamten, die Tag für Tag unsere Sicherheit garantieren, herrscht mittlerweile eine extreme Unzufriedenheit. Die demotivierenden und demoralisierenden Bedingungen, unter denen die Polizei in Hessen arbeiten muss, sind das Ergebnis von Desinteresse und Gleichgültigkeit der CDU-Innenminister seit 1999. Dabei reden wir vor allem von den Versäumnissen aus der elfjährigen Ära Volker Bouffier.“

Mehr als drei Millionen Überstunden und ein durchschnittlicher Krankenstand von 30 Tagen im Jahr sprächen Bände. Bis 2006 habe die CDU-geführte Landesregierung die Zahl der Polizeianwärter fahrlässig verkleinert und damit faktisch Stellen abgebaut, sagte Nancy Faeser. Bis 2009 seien 720 Vollzugsstellen und 600



Zeigten Solidarität mit den Betroffenen: der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph und die innenpolitische Sprecherin Nancy Faeser (Mitte)

Stellen im Tarifbereich gestrichen worden. Mit 42 Dienststunden in der Woche habe die hessische Polizei die längste Arbeitszeit in Deutschland. Darüber hinaus habe das Land die Beihilfe im Krankheitsfall, das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld gekürzt oder gestrichen.

Faeser kritisierte auch die Besoldungspolitik des Landes. Es sei nicht verwunderlich, dass bei der Polizei der Unmut wachse, nachdem die Beamten 2015 zu einer Nullrunde verdonnert und in den Jahren danach von der allgemeinen Gehaltsentwicklung abgekoppelt worden seien. ■

HESSEN SCHÖPFT EU-MITTEL NICHT AUS

Im Bundesvergleich schneidet das Land Hessen sehr schlecht ab, wenn es um das Ausschöpfen von europäischen Fördermitteln aus dem Rahmenprogramm „Horizont 2020“ für Forschung und Entwicklung geht. Dies ergibt sich aus dem Bericht der Landesregierung zum Rahmenprogramm, der im Europaausschuss beraten wurde. Lothar Quanz, Mitglied der SPD-Fraktion im Europaausschuss, kritisierte deutlich die offenkundige Vernachlässigung der hessischen Antragssteller durch die Landesregierung, weil diese ganz offensichtlich im Vergleich mit anderen Bundesländern die notwendige qualifizierte Unterstützung nicht gewährt. „Es ist peinlich und nicht zu verantworten, wenn von drei Milliarden Euro, die mit diesem Programm insgesamt nach Deutschland fließen, lediglich rund 168 Millionen in Hessen ankommen. Das sind nur rund 5,5 Prozent. Hier besteht dringen-



Lothar Quanz, MdB

der Handlungsbedarf. Diese falsche Bescheidenheit und Zurückhaltung müssen schleunigst ein Ende haben“, forderte Quanz.

Im vorgelegten Bericht der Landesregierung müsse sie eingestehen, dass es vielen anderen Bundesländern signifikant besser gelinge, Mittel für ihre Universitäten, für die Fachhochschulen und weitere Forschungseinrichtungen aus Brüssel zu akquirieren. Nur wenig besser sehe die Bilanz für antragstellende hessische Unternehmen aus: Im Bundesvergleich kommen zehn Prozent der Fördermittel in Hessen an. „Die Kritik, dass manche Förderprogramme der EU zu bürokratisch, zu unübersichtlich seien, lasse ich nur bedingt gelten: Wenn andere Bundesländer beim Einwerben der Mittel deutlich erfolgreicher sind, dann muss man die Versäumnisse bei der Landesregierung suchen und muss sie abändern“, forderte Quanz. ■

DURCHLÄSSIGKEIT IM BILDUNGSSYSTEM VERBESSERN

Die SPD-Bildungspolitikern Heike Habermann hat eine generelle Verbesserung der Durchlässigkeit im Bildungssystem gefordert. „Das Ziel, die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu verbessern, wird von der SPD uneingeschränkt geteilt. Deshalb unterstützen wir den vom DGB und den Handwerkskammern mitgetragenen Modellversuch, jungen Menschen ohne Abitur auch ohne die bisher erforderliche dreijährige Berufserfahrung den Zugang zu einer Hochschule zu ermöglichen“, sagte Habermann. Dies sei allerdings nur ein kleiner Baustein zu besserer Durchlässigkeit im Bildungssystem. Wenn man mehr jungen Menschen die Wahl zwischen Ausbildung und Studium oder eine Kombination beider Wege erleichtern und öffnen wolle, müssten größere Anstrengungen unternommen werden. ■



Heike Habermann, MdB

SCHWARZ-GRÜNE SCHLAGLÖCHER

Der SPD-Verkehrspolitiker Tobias Eckert hat Verkehrsminister Al-Wazir und der schwarz-grünen Regierungskoalition im Zusammenhang mit dem Sanierungsprogramm für Landesstraßen Selbstbetrug vorgeworfen. „Es grenzt schon an Auto-suggestion, wenn der Minister seinen Worten tatsächlich glaubt. Der Gesamtetat von 144 Millionen Euro für den Erhalt und Neubau im gesamten Landesstraßennetz in Hessen mit seinen mehr als 7.000 Kilometern wurde im vergangenen Jahr gerade einmal um sieben Millionen Euro gesteigert. In diesem Zusammenhang und in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen von einer ‚ordentlichen Schippe drauf‘ zu sprechen, ist fast schon dreist. Die Infrastruktur wird dadurch nicht in Schuss gehalten, sondern verschleißt langsam, aber sicher. CDU und Grüne in Hessen tragen die Verantwortung für jedes einzelne Schlagloch, durch das hessische Autofahrerinnen und Autofahrer in Zukunft fahren müssen“, so Tobias Eckert. ■



Tobias Eckert, MdB

LEHRERMANGEL AN HESSISCHEN SCHULEN

Einen dringlichen Berichtsantrag zum Lehrermangel an hessischen Schulen hat die SPD-Fraktion in den Hessischen Landtag eingebracht. „Wir wollen wissen, wie Realität und Sonntagsreden, die noch zu Beginn des Schuljahres von Verantwortlichen der Landesregierung verkündet wurden, zusammenpassen. Uns interessiert vor allem die Zahl der unbesetzten Stellen in den verschiedenen Schulformen, die Verteilung dieser Stellen auf die Regionen, nach der Anzahl der Lehramtsbewerberinnen und -bewerber, nach den Bedarfsprognosen, den Mangelfächern sowie den Maßnahmen der Landesregierung zur Gewinnung neuer Lehrkräfte“, sagte der bildungspolitische Sprecher Christoph Degen.

Der Lehrermangel komme nicht überraschend, sondern habe sich seit Langem abgezeichnet. Die Lehrerausbildung sei auf Sparflamme heruntergefahren worden, statt vorausschauend und am Bedarf orientiert zu planen. „Kinder stehen nicht ohne Ankündigung vor der Tür einer Schule. In der Regel ist das sechs



FOTO: MARTINA HAUSL-DAVID

Jahre vorher bekannt. Pensionierungen brechen nicht über Nacht herein, sondern haben Vorlaufzeiten. Auch der Mangel an Förderschullehrkräften, die Hessen zur Umsetzung der Inklusion dringend benötigt, ist seit Jahren bekannt, aber zu wenig beachtet worden. Hinzu kommt die Tatsache, dass in bestimmten Fächern in anderen Schulformen Lehrkräfte fehlen, insbesondere an den Beruflichen Schulen, die sich mehr schlecht als recht mit Quereinsteigern behelfen. Jetzt die

Flüchtlingsbeschulung dafür verantwortlich zu machen, ist eine ganz feige Ausrede für eklatante Versäumnisse und ein bildungspolitischer Offenbarungseid“, so der SPD-Abgeordnete. Degen betonte, dass alle Initiativen der SPD zum Ausbau der Aus- und Weiterbildungskapazitäten durch die schwarz-grüne Koalition abgelehnt und alle Hinweise auf die vielen Überlastungsanzeigen, besonders aus Grundschulen, in den Wind geschlagen worden seien. ■

UNGENÜGENDE INVESTITIONEN

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Norbert Schmitt, hat den Finanzminister für den Haushaltsabschluss 2016 kritisiert. Der Abschluss weist gegenüber dem Haushaltsentwurf 2016 Mehreinnahmen von rund 1,7 Milliarden Euro aus. Der SPD-Experte Schmitt sagte dazu: „Es ist natürlich schön, wenn die Steuereinnahmen sprudeln. Aber man muss auch klar sehen, dass diese Landesregierung

absolut nichts zu dem Geldsegen beigetragen hat. Die sehr hohen Steuereinnahmen sind allein das Ergebnis einer klugen Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung – und dort werden diese Themen von der SPD verantwortet.“ Schmitt bemängelte, dass die schwarz-grüne Landesregierung trotz der Rekordinnahmen nicht willens oder nicht imstande sei, die dringend erforderlichen Investitionen zu tätigen: „Breitband, Straßen, Schulen, Brücken, Wohnungsbau – da passiert nichts, obwohl der Minister im Geld geradezu schwimmt. Es wäre jetzt notwendig, endlich die Mittel für den Straßenbau sowie den sozialen Wohnungsbau zu erhöhen, den Kommunen mehr Investitionsmittel für die Sanierung von Schulen zur Verfügung zu stellen und insgesamt die kommunalen Investitionen zu stärken. Die SPD verlangt eine nachhaltige, langfristig orientierte Finanzpolitik, die endlich den Investitionsstau in Hessen auflöst. Die werden wir nach der nächsten Landtagswahl auch machen – egal, wie viele Millionen das schwarz-grüne Kabinett nun für das Wahljahr 2018 bunkert“, sagte Norbert Schmitt. ■



FOTO: WESTEND61/ACHIM SAAS-FOTOLIA.COM

NEUER PRÄSIDENT FÜR DEN STAATSGERICHTSHOF

Hessens Staatsgerichtshof hat einen neuen Präsidenten. Der Hessische Landtag hat Prof. Dr. Roman Poseck, den Präsidenten des Oberlandesgerichts Frankfurt, zum neuen Präsidenten des Hessischen Staatsgerichtshofes gewählt. Poseck erhielt dabei auch die Stimmen der SPD-Fraktion.

„Herr Prof. Poseck hat sich meiner Fraktion in der vergangenen Woche vorgestellt und dabei einen sehr guten Eindruck hinterlassen. Dass er ein exzellenter Jurist ist, stand für uns nie infrage. Wichtig für die SPD-Fraktion im Landtag war allerdings, dass Herr Prof. Poseck glaubhaft vermitteln konnte, dass er als Präsident des Staatsgerichtshofes anders auftreten und handeln wird als sein Vorgänger. Mit der Wahl von Prof. Poseck verbinden wir die Erwartung, dass der Staatsgerichtshof seine juristische und politische Unabhängigkeit zurückgewinnt“, so der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel. ■



Marius Weiß, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

ALLE FAKTEN SPRECHEN GEGEN NEUE RHEINBRÜCKE

Mit deutlich ablehnender Haltung hat der SPD-Abgeordnete aus dem Rheingau-Taunus-Kreis, Marius Weiß, Stellung zu einer möglichen Rheinbrücke im Rheingau bezogen. „Täglich grüßt das Murmeltier. Inzwischen kann man schon die Uhr danach stellen, wann zum nächsten Mal die Rheinbrücke im Landtag thematisiert wird, obwohl bereits alle Fakten, die gegen eine Realisierung dieser Brücke sprechen, bereits auf dem Tisch liegen“, sagte er. „Sehr viele Argumente sprechen gegen dieses kostspielige Verkehrsprojekt“, betonte Weiß. Dabei sei der hohe finanzielle Aufwand nur ein wesentlicher Aspekt neben vielen weiteren Punkten. Die SPD sei klar gegen eine Rheinbrücke im Rheingau-Autobahn, die sehr wahrscheinlich neue Verkehrsprobleme hervorrufe, statt vorhandene Probleme zu lösen. Außerdem sei laut Weiß die Rheinbrücke aus naturschutzfachlicher Sicht außerordentlich kritisch zu beurteilen. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)
Dr. Wilfried Lamparter
Michael Fraenkel
Gerfried Zluga-Buck
Isabel Neumann
Valeska Fuhr
Martina Häusl-David

Anschrift:
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden